

noch den Herzog Albrecht in München auf¹⁾ — die übrigen Fürsten, an die sie Beglaubigungsschreiben hatten, scheinen sie überhaupt nicht angesprochen zu haben — und zogen dann über Passau nach Wien. Den Kaiser, der seine Reise nach Prag endlich angetreten hatte²⁾ — am 10. Februar war er in Znaim, am 11. in Budweis³⁾ — trafen sie auf dem Wege und statteten ihm mündlich Bericht ab⁴⁾. Später sandten sie ihm noch von Wien aus eine schriftliche Generalrelation, die zu den einzelnen Relationen wenig Neues hinzufügte⁵⁾.

VI. Besuch Maximilians in Dresden. Verlegung und Hinausschiebung des Wahltages.

Wir erinnern uns, dass der Kaiser die etwaige Verlegung des Wahlortes den Kurfürsten anheimgestellt hatte. Im Laufe des Januar und Februar erklärten sich Mainz, Trier, Köln und Sachsen mit einer solchen einverstanden, und Kurfürst August brachte insbesondere Nürnberg oder Regensburg in Vorschlag. Maximilian entschied sich für das letztere, weil er dorthin am bequemsten auf der Donau gelangen konnte und schrieb am 10. Februar in diesem Sinne an den Mainzer⁶⁾. Aber Daniel, von dem der Gedanke der Verlegung ausgegangen war, hatte jetzt Bedenken, da die Goldene Bulle, wenn man sich auch an einem anderen Orte dahin einigen könne, einen römischen König

1) Auf der Hinreise hatten sie ihn wegen Zeitmangels nicht besuchen, sondern nur schriftlich summariter von ihrer Werbung verständigen können (Schneidt 132 ff., 136 ff.). Max. hatte dem Herzog auf die Kunde hiervon schon am 26. Dec. die Instruktion der Gesandten mitgeteilt und ihm auch von ihren geheimen Nebenaufträgen benachrichtigt (ib. 139 f.).

2) Die Abreise Max.'s von Wien, die zuletzt auf den 4. Febr. festgesetzt war, wäre beinahe noch einmal beträchtlich hinausgeschoben oder ganz in Frage gestellt worden. Auf die Nachricht von dem Tode des türkischen Sultans wollte der Kaiser erst Gewissheit haben, dass dessen Nachfolger den getroffenen Waffenstillstand bestätigen werde. Da diese jedoch über Erwarten schnell kam, wurde der Aufbruch nur um wenige Tage verzögert. Berichte Languets vom 24. Jan. und 3. Febr., Epp. II 68, 69.

3) Schneidt 217, 205. 4) Schneidt 224.

5) Schneidt 237 ff. 6) Schneidt 219.

zu wählen, doch für die eigentliche Wahlhandlung Frankfurt vorschreibe. Er riet deshalb, wenn es wegen der Seuche, die übrigens schon im Abnehmen sei, irgend möglich wäre, bei diesem zu bleiben, um alle Unzuträglichkeiten zu vermeiden¹⁾. Der Kaiser verschob in einer vom 30. März aus Prag datierten Vorantwort seine endgiltige Erklärung, bis er bei seinem bevorstehenden Besuche in Dresden, wohin er »schieferstkünftigen Mittwoch nach den heiligen Ostern« aufbrechen wolle, mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg Rücksprache genommen habe²⁾.

Maximilian benutzte zu dieser schon lange in Aussicht genommenen Reise die Zeit zwischen der ersten und zweiten Tagung des böhmischen Landtages, der am 22. März geschlossen und erst am 2. Mai wieder eröffnet wurde³⁾. Am 11. April traf er — er hatte den Wasserweg eingeschlagen — mit seiner Gemahlin, seinen Söhnen und stattlichem Gefolge in Pirna ein. Am nächsten Tage wurde er von Kurfürst August und den bei diesem zu Besuch weilenden Fürsten, dem Kurfürsten von Brandenburg nebst seinem Sohne dem Administrator von Magdeburg, dem Fürsten von Anhalt und dem Sohne des Herzogs von Brieg, die ihm sämtlich bis an die Grenze entgegengefahren waren, feierlich in Dresden eingeleitet. An dem sächsischen Hofe, der schon damals für einen der prächtigsten in Deutschland galt, wechselten nun während des etwa eine Woche dauernden Aufenthaltes der kaiserlichen Familie Jagd- und Tafelfreuden, Feuerwerk, Tanz und andere Belustigungen mit einander ab. Maximilian war zum Glück verhältnismässig gesund und frisch. Mit besonderer Betonung wird gemeldet, dass König Rudolf an einem Abend mit der 12jährigen ältesten Tochter Augusts vier Tänze getanzt habe; ging doch damals das Gerücht, dass die Verlobung beider bevorstehe⁴⁾.

1) Aschaffenburg 14. März, Schneidt 237 ff.

2) Schneidt 241. 3) Gindely II 137, 141.

4) Nachweisungen bei v. Bezold I 137 A. 2. Nach Gindely II 187 stellte der Kaiser im August 75 den böhmischen Lutheranern diese Aussicht als die beste Garantie für ihre Sicherheit dar.

Über die Festlichkeiten der ersten Tage des kaiserlichen Besuches eine

Neben den Vergnügungen wurden die Staatsgeschäfte nicht vergessen. Für die schon lange gesicherte Wahl Rudolfs hatte die Zusammenkunft allerdings nicht die Bedeutung, die man ihr früher beigemessen hat. Doch benutzte August die Gelegenheit, sich mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig liess, über seine Stellung zu der Wahlfrage auszusprechen und damit zugleich den Gerüchten über ehrgeizige Pläne seinerseits, die noch immer umliefen und Glauben fanden, den Boden zu entziehen. Er erklärte, dass er nie einem Ausländer oder einem deutschen Reichsfürsten seine Stimme geben, ebensowenig aber selbst die Krone annehmen würde, auch wenn sich alle anderen Kurfürsten auf ihn einigten. Er wolle lieber ein reicher Herzog sein, als ein armer Kaiser; die anderen gleichmächtigen Fürsten würden ihn nicht über sich dulden wollen; als Herzog könne er nach seinem Gefallen leben, als Kaiser würden ihm die Sorgen das Leben verkürzen¹⁾.

Auch sonst sind jene Dresdener Tage bemerkenswert. Augusts für den Protestantismus so verhängnisvolle Stellung kam zum klarsten Ausdruck. Die Ausrottung der Kryptokalvinisten wurde bei einem Feuerwerk durch eine besondere Darstellung verherrlicht²⁾. Eine Fürbitte des Kaisers für den gefangen gehaltenen Dr. Peucer wies der Kurfürst entschieden zurück. In fernerstehenden Kreisen glaubte man, dass zwischen ihm und Maximilian Verabredungen über die Vernichtung des Calvinismus im Reiche getroffen worden seien. Man bemerkte, dass der spanische Gesandte, der nur als Privatmann, nicht

Zeitung dat. Dresden 14. Apr. 75 (M. R. A. R. A. kta. XIII); über die der ganzen Zeit ein Bericht des Fürsten Joachim Ernst von Anhalt (Arch. f. sächs. Gesch. IV 225 ff.) und ein Schreiben Hegenmüllers an Hz. Albrecht (Friedr. Leist, Zur Gesch. d. auswärt. Vertretung Bayerns im 16. Jahrh. 1889 S. 37 ff.).

1) Depesche Trons, vgl. v. Bezold I 187 f.; Relation Trons, Relacioni I 6 S. 183, 191.

2) Den genauesten Bericht hierüber bietet das Schreiben Hegenmüllers (a. a. O. S. 39). Danach war Herkules über einem Drachen dargestellt mit der Unterschrift, wie Herkules die Hydra, werde August die kryptokalvinistische Sekte ausrotten. Nach anderen Nachrichten wurde bei derselben Gelegenheit auch ein Bild Kalvins verbrannt.

als Vertreter seines Herrn im Gefolge des Kaisers gekommen war, besondere Auszeichnung erfuhr. Ja, der Kurfürst soll ihm gegenüber sein grösstes Missfallen darüber ausgedrückt haben, dass die Unterthanen in den Niederlanden eine andere Religion haben wollten als ihr Fürst. Ausser dem schon mehrfach, so bei dem Besuche in Wien, hervorgetretenen Bestreben Augusts, sich auch mit dem König von Spanien gut zu stellen, zeigt sich hierin deutlich, wie sehr das dynastische Gefühl des Kurfürsten sein religiöses Interesse überwuchert hatte. Auch dass täglich zweimal im Schlosse unter Teilnahme kurfürstlicher Hofleute Messe gelesen wurde, machte in den dem Pfälzer näher stehenden evangelischen Kreisen berechtigtes Aufsehen ¹⁾.

Mit seinem Anliegen wegen Verlegung der Kollegialversammlung nach Regensburg fand der Kaiser bei August und Johann Georg, wie er ihnen in Territorialangelegenheiten einige Gefälligkeiten erwies ²⁾, bereitwilliges Entgegenkommen. Am

1) Zum Vorstehenden vgl. Gillet I 465 ff.; v. Bezold I 138, 187 f.

2) August erreichte eine Veränderung der Urkunde über seine Rechte auf die Grafschaft Henneberg u. s. w. (S. 58), durch die der Kaiser die Verantwortlichkeit für diese Benachteiligung der jungen Weimarer Herzöge von ihm und auf sich selbst nahm (Böttger-Flathe II 30). Er wird die Gelegenheit jedenfalls auch benutzt haben, um Max. von neuem wegen der Belehnung mit den Voigtlanden anzugehen. Im Mai sandte er dann mehrere Räte nach Prag ab, um den Konsens der böhmischen Stände nachzusuchen. Durch besondere Unterstützung des Kaisers erhielten sie diesen trotz anfänglichen Widerstandes und empfingen am 19. Sept. die Belehnung, wodurch die seit vielen Jahren schwebende Angelegenheit ihren Abschluss und ein lebhafter Wunsch Augusts seine Erfüllung fand (J. Falke, Die Erwerbung der Voigtlande).

Joh. Georg wandte sich an Max. wegen der Belehnung mit den zur Lausitz gehörenden Herrschaften Beeskow und Storkow, die der Kaiser an Markgraf Hans verpfändet und dieser an J. G. vererbt hatte (Schneidt 367; Droysen II 2 S. 477). Wahrscheinlich wird er auch, zumal sein Sohn, der Administrator, selbst zugegen war, wiederum an die Magdeburger Angelegenheit erinnert haben. Jedenfalls erhielt er gute Vertröstung. Auf Grund derselben sandte er sogleich nach seiner Rückkehr nach Hause zwei Gesandte nach Prag, Ditloff v. Winterfeld und Dr. Christoph Maienburger (Kredenz dat. Cöln a. d. Spree 30. Apr. 75). Sie berichten, Dr. Weber und Dr. Vieheuser seien in den brandenburgischen Sachen sehr eifrig und sollten belohnt werden. In der Audienz am Sonntag Exaudi

17. April schrieben beide gemeinsam an die vier rheinischen Kurfürsten. Sie begründeten die Wahl Regensburgs mit der Schwachheit des Kaisers, der nicht weiter reisen könne, sowie damit, dass die Seuche noch immer in Frankfurt, am Rheine überhaupt und auch in dem noch in Frage gekommenen Nürnberg herrsche¹⁾. Gleichzeitig einigte sich Maximilian mit Sachsen und Brandenburg auch dahin, den Wahltag bis Mitte September hinauszuschieben. Da nämlich die Erhebung Rudolfs zum böhmischen Könige den Ständen noch gar nicht vorgelegt, und selbst die vorher zu erledigenden Propositionspunkte infolge des Widerstandes der Lutheraner und böhmischen Brüder, die zuerst die Gewährung der freien Religionsübung durchsetzen wollten, noch nicht zur Beratung gekommen waren, so fürchtete er mit Recht, bis zum Juli in Prag nicht fertig zu werden.

Am 23. April langte der Kaiser, zufrieden mit den Ergebnissen des Besuches, wieder in der böhmischen Hauptstadt an. Sein Gefolge konnte, wie Languet dem Kurfürsten August berichtete²⁾, die Freigebigkeit und Pracht am sächsischen Hofe nicht genug rühmen.

(15. Mai) habe sich der Kaiser wegen des ersten Punktes ihrer Instruktion (jedenfalls die Privatangelegenheiten) allergnädigst erboten; wegen des anderen (Wahlsache) wolle er Joh. Georg jederzeit mitteilen, was vorgehe (Berichte von Sonntag Exaudi und Freitag nach Ex., d. h. 15. und 20. Mai, B. A. „Acta“). Am 9. Juli bat der Kurfürst den Kaiser schriftlich, sich seine Sachen angelegen sein zu lassen und seine Räte förderlichst mit guter Resolution abzufertigen (Schneidt 367). Am 7. September erwähnt er die letzteren als noch in Prag anwesend (ib. 415). Am 19. erhielten sie die Beilehnung mit Beeskow und Storkow, also am gleichen Tage wie die sächsischen Gesandten die mit den Voigtlanden (Droysen II 2 S. 477 A. 1). Von Prag werden die Gesandten direkt nach Regensburg gegangen sein, da sie sich unter den zu der Kollegialversammlung abgeordneten Räten befanden (Schneidt 364). In der Magdeburger Angelegenheit wurde nichts erreicht. Ob der Wunsch bzgl. des Erlasses der rückständigen Reichssteuern besseren Erfolg gehabt hat, ist mir nicht bekannt.

Beiläufig sei erwähnt, dass auch der Kurfürst von Mainz, wohl ebenfalls in Rücksicht auf die Wahl, einen territorialen Vorteil erhielt, indem ihm am 1. März 75 die Expektanz auf die Grafschaft Königstein erteilt wurde (C. F. Keller, Gesch. Nassaus I 425).

1) Schneidt 312; Kl. II 819. 2) Prag 25. April, Epp. II 81.

Schon am 21. d. M. hatte Maximilian von Aussig aus dem Kurfürsten Daniel seinem früheren Versprechen gemäss mit eigenem Kurier die Verlegung und Hinausschiebung des Wahltages angezeigt¹⁾. Er glaubte nicht, dass sich noch irgendwelche Schwierigkeiten erheben würden. Um so erstaunter war er, als er wenige Tage später durch August ein auf Frankfurt und den 29. Juli lautendes mainzisches Ausschreiben²⁾ erhielt. Die Aufklärung sollte bald folgen. Die vom 30. März datierte kaiserliche Vorantwort an Mainz (S. 95) war sehr lange unterwegs geblieben. Daniel hatte sie lange vergebens erwartet. Auf Anmahnung anderer Kurfürsten und um die übliche dreimonatliche Frist zwischen Berufung und Versammlung einzuhalten, hatte er sich dann entschlossen, die Ausschreiben auf die bisher bestimmte Zeit und den gewöhnlichen Wahlort ergehen zu lassen, und am 14. April die für Sachsen und Brandenburg bestimmten, am 18. die an die rheinischen Kurfürsten gerichteten abgesandt.

Als er am Tage darauf jenes kaiserliche Schreiben endlich erhielt, teilte er Maximilian sofort den Sachverhalt mit. Falls dieser sich, fügte er hinzu, mit Sachsen und Brandenburg über die Verlegung einige, könne das den anderen Kurfürsten schriftlich angezeigt werden³⁾. Aber schon wenige Tage später, als am 26. d. M. die Mitteilung von der bereits erfolgten Verständigung eintraf, war der Kurfürst, der inzwischen auf sein Ausschreiben von Köln, Trier und Pfalz schon zusagende Antworten erhalten hatte, wieder anderer Meinung geworden. Für seine Person nach wie vor gern bereit, dem Wunsche des Kaisers Rechnung zu tragen, machte er doch wieder seine alten Bedenken gegen die Verlegung des Wahlortes geltend und lehnte es ab, seinerseits neue Ausschreiben ergehen zu lassen, bevor Maximilian durch eine besondere Schickung oder ausführliche Schreiben die Einwilligung der übrigen rheinischen Kurfürsten erlangt habe⁴⁾.

Der Kaiser, der infolge der Verzögerung der Prager Verhandlungen und seiner immer zunehmenden Schwachheit an

1) Schneidt 242 f. 2) Schneidt 245.

3) Schneidt 248 ff. 4) Schneidt 250 ff.

der Veränderung von Ort und Zeit festhalten zu müssen erklärte¹⁾, wählte den ersteren Weg und sandte den Dr. Hegenmüller abermals an den Rhein. Derselbe sollte, wenn Regensburg nicht zu erlangen sei, wenigstens Nürnberg durchzusetzen suchen²⁾.

Übrigens war der Zweck seiner Mission bereits vor seiner Abfertigung so gut wie erreicht. Auf das sächsisch-brandenburgische Gesamtschreiben hatte sich der rüstige Kölner Kurfürst, obwohl er nach Regensburg den weitesten Weg hatte, sofort bereit erklärt, dorthin zu kommen, und nur wegen einer beabsichtigten Reise in das Bistum Paderborn eine geringe weitere Hinausschiebung des Termins gewünscht³⁾. Mainz, Trier und Pfalz hatten sich auf einander bezogen⁴⁾. Auf eine von Mainz ausgehende Benachrichtigung hatte Köln ebenfalls ohne weiteres eingewilligt⁵⁾. Der Pfalzgraf hatte sich die Verlegung »nicht missfallen lassen« und persönliches Erscheinen versprochen, falls es sein Gesundheitszustand gestatte⁶⁾, was der übervorsichtige Mainzer ohne Grund dahin deutete, dass er schwerlich kommen werde⁷⁾. Nur Trier hatte eine Vorversammlung der kurfürstlichen Räte vorgeschlagen⁸⁾.

So hatte der kaiserliche Gesandte leichte Arbeit. Auch der Trierer erklärte sich, als Hegenmüller, dem Daniel seinen

1) Schneidt 257 ff.

2) Instruktion dat. 10. Mai, Schneidt 265 ff. An die einzelnen Kurfürsten nahm Heg. eigenh. kaiserliche Schreiben mit; an Pfalz Prag 11. Mai, Kl. II 827.

3) Schneidt 283 f.

4) Schneidt 294, 283, 297. — Den Pfälzern und ihren Freunden erschien die Verlegung allerdings nicht ganz unbedenklich. Kurf. Friedrich wundert sich, dass der Kaiser sie selbst begehrt haben solle und meint, sie möchte von anderen herrühren (Kl. II 826 A. 1). Der nassauische Rat Dr. Schwartz, der durch Ehem von der beabsichtigten Verlegung erfahren hatte, bezeichnet Regensburg als nicht nur der Goldenen Bulle widerwärtig, sondern auch aus vielen Ursachen (vielleicht wegen der Lage an der bayrischen Grenze) ganz verdächtig (an Graf Johann, Speyer 10. Mai 75, Orig. Dill. Corr. 1575).

5) Schneidt 317.

6) Schneidt 320.

7) Schneidt 310 f.

8) Schneidt 314 f.

Bruder Eberhard¹⁾ Brendel von Homburg beigegeben hatte¹⁾, am 27. Mai zu ihm kam, auf die Nachricht, dass die anderen Kurfürsten eingewilligt hätten, ohne weiteres einverstanden²⁾. Salentin von Köln blieb bei seiner früheren Meinung. Ebenso wiederholte Friedrich von der Pfalz am 17. Juni³⁾ seine an Mainz abgegebene Erklärung. Der sehr misstrauische⁴⁾ Hegenmüller setzte in die Aufrichtigkeit derselben allerdings starke Zweifel, meinte aber, bei dem guten Willen der übrigen Kurfürsten, besonders Daniels, werde Rudolf »Pfalzgraf hin, Pfalzgraf her« römischer König werden.

Sobald der Mainzer von der pfälzischen Antwort erfahren hatte, erfolgte nun das zweite Ausschreiben, dessen Wortlaut schon früher mit dem Kaiser vereinbart war. Dasselbe lautete — auf Maximilians Wunsch war der Termin noch etwas hinausgeschoben worden — auf Regensburg und den 26. Sept.⁵⁾.

Köln, Pfalz, Sachsen und Brandenburg sagten ihr persönliches Erscheinen zu. Der Trierer machte gleich die Einschränkung, »ausserhalb kundlicher Leibesunvermöglichkeit«, und entschuldigte sich bald darauf (18. Juli) beim Kaiser für den Fall, dass er aus dem angegebenen Grunde, sowie wegen der Erschöpfung seines Erzstiftes und der bevorstehenden Durchzüge nicht im stande sein sollte, seinem Versprechen nachzukommen. Durch dringende Ermahnung Maximilians und des von diesem darum angegangenen Mainzer Kurfürsten liess er sich jedoch (9. August) zu der Zusage bewegen, wenn irgend möglich, in

1) Schneidt 310.

2) Schneidt 321 ff. — In der Umgebung des Kurfürsten, berichtet Heg., sei ein Max. wohlbekannter Mann gewesen, der es gern auf andere Wege gerichtet hätte. Doch habe er soviel Unterbauung gethan, dass jener sich nicht habe bewegen lassen.

3) Dies ist das richtige Datum der Relation, Schneidt 341. Vgl. über die Werbung bei Friedrich ferner Kl. II 828 A. 1, 833, 840; bes. die charakteristische Bemerkung Hegenmüllers „man ist (am pfälzischen Hofe) gar kleinlaut worden. Gott dank dem churfürsten von Sachsen darumben“.

4) So nahm er ganz ohne Grund die alte Befürchtung Daniels, die Kurfürsten würden sich wohl in Regensburg über die Vornahme der Wahl einigen, schwerlich aber zur Wahlhandlung selbst schreiten, wieder auf.

5) Schneidt 368.

Person zu kommen¹⁾. — Ebenso trat der Kaiser einem ihm von Daniel mitgetheilten Zweifel des Pfalzgrafen, ob die Kollegialversammlung bei der Lage der Dinge in Böhmen und Polen noch stattfinden würde, sofort entgegen, indem er einen Kurier nach Heidelberg mit der Versicherung sandte, dass er fest entschlossen sei, nach Regensburg zu gehen und dasselbe mit Bestimmtheit von Friedrich erwarte²⁾. Dieser erklärte sich dazu denn auch am 7. Sept. von neuem bereit, falls seine Leibesungelegenheit nicht schlimmer würde³⁾. — Damit die rheinischen Kurfürsten nicht etwa durch die Werbungen von Kriegsvolk für die kämpfenden Parteien in Frankreich und den Niederlanden verhindert würden, ihre Lande zu verlassen, schickte Maximilian auf die ihm durch Hegenmüller zugekommene Kunde von ihren desfallsigen Befürchtungen — noch ehe Mainz ihn darum anging⁴⁾ — einige Kommissare nach Frankfurt, die mit den ihnen zuzuordnenden mainzischen, pfälzischen und hessischen Räten für Beobachtung der Reichskonstitutionen bei den Durchzügen sorgen sollten⁵⁾. Die den betreffenden Fürsten am 18. August angekündigte Beratung kam Anfang Oktober in der That zu stande⁶⁾. Die Gefahr war übrigens nicht so gross, als man gedacht hatte, und legte dem Besuche des Wahltages keine Hindernisse in den Weg.

Ernstlicher als das Erscheinen der rheinischen Kurfürsten stand eine Zeit lang das des Brandenburgers, dessen Gemahlin gefährlich erkrankt war, in Frage. Sobald der Kaiser durch die in Prag anwesenden Räte des Kurfürsten (S. 97 A. 2) davon erfahren hatte⁷⁾, wandte er sich an August mit der Bitte, Johann Georg zum persönlichen Besuch der Versammlung zu ermahnen. August sandte zu diesem Zwecke seinen Rat Hans von Lindenau nach Berlin⁸⁾. Als er aber in den nächsten

1) Schneidt 370, 388, 390, 383.

2) Pfalz an Mainz 11. Aug., Schneidt 398; Mainz an Max. 17. Aug., ib. 396; Max. an Pfalz 28. Aug., ib. 403 ff., Kl. II 849 A. 2.

3) Schneidt 399; Kl. II 849. 4) Schneidt 401.

5) Schneidt 386.

6) Kl. II 849 A. 2, 850 A. 1.

7) Schneidt 415.

8) Kredenz, Mühlberg 2. Sept., (Orig.) B. A. „Acta“.

Tagen ein schon vor dessen Ankunft abgefasstes Schreiben des Brandenburgers erhielt, in dem dieser ihn um Rat fragte, was er unter den obwaltenden Umständen thun solle¹⁾, antwortete er, bei der schweren Krankheit der Kurfürstin wolle er ihm, trotzdem er auf Ersuchen Maximilians deswegen einen Gesandten zu ihm geschickt habe, wegen des persönlichen Erscheinens auf dem Wahltage nicht Mass geben. Johann Georg möge seine stattlichen Räte voraussenden und womöglich später selbst nachfolgen. Die Abfertigung des Administrators widerriet er aus Rücksicht auf die geistlichen Kurfürsten²⁾. Der Brandenburger erwiderte am 7. Sept., er wolle ganz nach Augusts Rat handeln und auch seinen bereits abgereisten Sohn wieder zurückrufen³⁾. Den Kaiser benachrichtigte er gleichzeitig, dass er in wenigen Tagen seine Gesandten abschieken und, wenn anständig, später selbst nachkommen wolle⁴⁾. Am 10. stellte er dann die Instruktion und Kredenz für seine Räte aus⁵⁾.

In Prag entwickelten sich unterdessen die Dinge sehr langsam. Erst in dem Einberufungspatent zu der auf den 15. August anberaumten dritten Session des Landtages konnte der Kaiser mit seinem Hauptanliegen, der Krönung Rudolfs, hervortreten⁶⁾. Auch dann zogen sich die Religionsverhandlungen noch einen halben Monat hin, bis Maximilian den Protestanten oder eigentlich nur den Lutheranern am 2. September seine endgültige Erklärung abgab, die ihnen Schutz gegen Bedrückungen in Glaubenssachen verhiess⁷⁾. Freilich war diese, in der sich das Bestreben des Kaisers, es mit keiner Partei zu verderben, recht deutlich aussprach, ebenso unbestimmt in ihrer Form, wie anfechtbar in ihrer Rechtskraft und wurde, wie der venetianische Gesandte schrieb, von Katholiken wie Protestanten zu ihren

1) Freitags nach Egidii, d. i. 2. Sept. 75, (Cop. e. eigh. Schr.'s) B. A. „Acta“.

2) Mühlberg 4. Sept. 75, (eig. Orig.) B. A. „Acta“.

3) Cöln a. d. Spree 7. Sept., (Cpt.) B. A. „Acta“.

4) Schneidt 415 ff.

5) Die Instruktion, die sich nur auf die Wahl bezieht, (Cpt.) B. A. „Acta“; die Kredenz, Schneidt 364. Die Vollmacht zur Wahl ist (wenn nicht ein Schreibfehler vorliegt) schon vom 1. Sept. datiert, (Cpt.) B. A. „Acta“.

6) Gindely II 181. 7) Gindely II 198.

Gunsten gedeutet ¹⁾. Nichtsdestoweniger waren jetzt alle Schwierigkeiten beseitigt ²⁾. Man einigte sich rasch über die Wahlkapitulation, und Rudolf wurde dem Wunsche des Vaters gemäss zum Könige erklärt ³⁾. Da aber die Krönung immerhin erst auf den 21. Sept. festgesetzt werden konnte, sah Maximilian sich gezwungen, seine Abreise auf den 26. zu verlegen und dementsprechend auch den Beginn der Kollegialversammlung um einige Tage hinauszuschieben. Am 15. d. M. kündigte er dies den Kurfürsten und den anderen nach Regensburg entbotenen Fürsten an ⁴⁾. Die Begrüssung der doch vor seiner Ankunft eintreffenden übertrug er dem Bischof der Stadt und dem Reichsmarschall, denen er bald noch den Freiherrn von Harrach zuordnete ⁵⁾.

Der Kaiser hoffte lebhaft, dass diese Verschiebung dem Kurfürsten von Brandenburg den Besuch des Wahltages ermöglichen werde. Zu wiederholten Malen schrieb er an ihn in diesem Sinne und versicherte, dass er sein persönliches Erscheinen die Tage seines Lebens »dankbarlich zu beschulden mit Gnaden geflissen sein« wolle ⁶⁾. Noch ehe er seine letzte Mahnung am 18. Sept. absandte, hatte sich Johann Georg trotz der lebensgefährlichen Krankheit seiner Gemahlin zur Abreise entschlossen ⁷⁾.

Auch der Kurfürst von Trier hatte seine Räte vorausgeschickt ⁸⁾, traf aber ebenso wie der Brandenburger selbst rechtzeitig in Regensburg ein. Nur der Pfalzgraf sah sich, wie wir später zu berichten haben werden, im letzten Augenblicke genötigt, von der Reise abzustehen und Vertreter zu senden.

1) Relation Trons, Relazioni I 6 S. 191.

2) Vgl. Languet an Kurf. August, Prag 14. Sept., Epp. II 126.

3) Über den böhmischen Landtag, besonders die Religionsverhandlungen, vgl. Gindely II 109—211; Reimann, der namentlich die charakteristische Haltung des Kaisers scharf hervorhebt, in Forsch. z. dtsh. Gesch. III 259—80; Svoboda in Ztschr. f. kath. Theologie XVII, XVIII (Innsbruck 1893/94); kürzer: Ritter I 467—69.

4) Schneidt 412 ff. 5) Schneidt 420, 423. 6) Schneidt 414, 418 f.

7) Am 18. Sept. teilte August dies dem Kaiser mit, Schneidt 418; am 20. schrieb Joh. Georg selbst an Max., B. A. „Acta“.

8) Kredenz vom 14. Sept., Schneidt 426 f.

Eine solche Vertretung war durch die Reichsgesetze gestattet und keineswegs ungewöhnlich. Im allgemeinen war die Gegenwart der Kurfürsten allerdings sehr erwünscht, und der Kaiser hatte sich um ihr Erscheinen so lebhaft bemüht, weil er etwaigen Widerstand durch persönliche Einwirkung leichter zu besiegen hoffte, und Fragen, die bei Beratung der Kapitulation oder anderen Gelegenheiten auftauchen konnten, sich viel leichter und rascher mit den Herren selbst als mit ihren an feste Instruktionen gebundenen Gesandten ordnen liessen. Doch konnte die Abwesenheit eines Mitgliedes des Kollegiums das Werk nicht gefährden. Da mit Ausnahme von Pfalz alle Kurfürsten sich für die Wahl Rudolfs mehr oder weniger gebunden hatten — die Nennung des Namens hatte man allerdings in den offiziellen Verhandlungen stets vermieden — so fühlte man sich am Kaiserhofe vollkommen sicher.

Ernstliche Schwierigkeiten konnten in der That nur entstehen, wenn die kirchlich-politischen Wünsche, die der Pfalzgraf der kaiserlichen Gesandtschaft gegenüber im Januar des Jahres in sehr allgemeiner und unbestimmter Form vertreten hatte (S. 93), sich zu bestimmten Forderungen verdichteten; wenn die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg sich dem Pfälzer anschlossen; wenn alle drei endlich einmütig die Gewährung ihrer Forderungen zur Bedingung für die Wahl machten. Auch dann wäre eine Mehrheitswahl durch die drei geistlichen Kurfürsten und Böhmen theoretisch noch möglich gewesen; in Wirklichkeit hätte man sie nicht wagen können.

VII. Vorbereitungen und Absichten der protestantischen Kurfürsten.

Verfolgen wir, wie die protestantische Partei die Geltendmachung ihrer Interessen vorbereitete. Als das treibende Element erscheint durchaus der Pfalzgraf. Nach jener Unterredung mit den kaiserlichen Kommissaren wollte er sich auch an den Kurfürsten von Mainz wenden, damit derselbe seine Wünsche betreffs der auf der Kollegialversammlung zu beratenden Angelegenheiten im Ausschreiben berücksichtige ¹⁾.

1) Kl. II 787.